



Beschlossene Anträge
vom 2. SiP 2025/26
inklusive Erweiterungs- &
Abänderungsanträgen

Antragsverzeichnis

1. Das Beste kommt zum Schluss, oder nicht?
2. Wissen, was wir essen
3. Politik und Recht im Alltag
4. Schule darf kein Ort sein, an dem wir zerbrechen
5. Kostenlose Menstruationsartikel an allen Schulen durch aktive Kooperationen der LSV
6. Ist Norwegen in der EU?
7. Anonyme Korrektur von Tests und Schularbeiten

Antrag 1: Das beste kommt zum Schluss, oder nicht?

Marcus Gallei, BG Zaunergasse

In der Geschäftsordnung des Salzburger Schüler_innenparlaments ist geregelt, wie ein Antrag abzuhandeln ist. Paragraph 33 in der GO lautet:

§33 Ablauf zur Behandlung eines Hauptantrags:

1. Vorstellung (max. 5 Minuten)
2. Verständnisfragen (max. 5)
3. Debatte
4. Schluss der Debatte
5. Abstimmungen über Erweiterungen/Abänderungen
6. Schlusstatement
7. Gesamt-Abstimmung

Mein Antrag zielt darauf ab, den Paragraphen so zu ändern, dass Unterpunkt 6 vor Unterpunkt 5 ist. Das heißt: Aktuell ist es so, dass zuerst über Erweiterungs- und Abänderungsanträge abgestimmt wird. Dann darf die/der Redner_in Schlussworte halten und zuletzt wird über den Hauptantrag mit allen Änderungen und Erweiterungen abgestimmt. Dies nimmt der/dem Antragssteller_in jedoch die Möglichkeit, sich vor der Abstimmung zu den gestellten Änderungsvorschlägen zu positionieren.

Doch genau dafür ist das Schlusstatement eigentlich da! Um sich abschließend zu der vergangenen Debatte zu positionieren und Stellung zu aufgetretenen Änderungs- und Erweiterungsanträgen zu beziehen. Lasst uns also beschließen, dass die Antragssteller_innen ihre Schlussworte noch vor der Abstimmung über Änderungen im eigenen Antrag halten können:

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Die Änderung von §33 der Geschäftsordnung des Salzburger Schüler_innenparlaments zu:
„§33 Ablauf zur Behandlung eines Hauptantrags:...
5. Schlussstatement
6. Abstimmungen über Erweiterungen/Abänderungen
7. Gesamt-Abstimmung“
- Einführung von §13 (1) “Es ist sich an die von der LSV veröffentlichte und kommunizierte Frist zur Anmeldung zu halten, ansonsten ist eine Teilnahme am SIP nicht zugelassen.”
- Einführung von GO §45: “Die Salzburger Landesschüler*innenvertretung muss im Vorfeld des Schüler*innenparlaments eine zeitgemäße Antragsfrist zur schriftlichen Einreichung von Anträgen festlegen und bekanntgeben. Die Antragsfrist muss mindestens 1 Woche vor Anfang der Frist bekanntgegeben werden. Anträge, die außerhalb der Antragsfrist eingereicht werden, sind ungültig. Beim Schüler*innenparlament werden die Anträge dann chronologisch nach der Reihenfolge der Einreichung behandelt.”

Antrag 2: Wissen, was wir essen

Sara Karahodzic, Caritas Schule Salzburg

Essen begleitet uns jeden Tag, mehrmals täglich und ein Leben lang. Trotzdem lernen viele Schüler*innen in der Schule kaum, was eigentlich in Lebensmitteln steckt, wie Ernährung den Körper beeinflusst oder wie man im Alltag gesunde Entscheidungen trifft. Meist beschränkt sich das Thema auf einzelne Kapitel im Biologieunterricht oder auf freiwillige Projekte, die schnell wieder vergessen werden. Dabei stehen Jugendliche heute vor vielen Herausforderungen: Fast Food, Energy Drinks, Diättrends, Influencer*innen, Zeitmangel.

Viele wissen nicht, wie eine ausgewogene Ernährung aussieht, wie viel Zucker oder Fett in alltäglichen Produkten steckt oder welchen Einfluss Ernährung auf Konzentration, Leistungsfähigkeit und langfristige Gesundheit hat. Derzeit fehlt es an praxisnaher Ernährungsbildung im Lehrplan. Ernährungslehre ist jedoch keine Nebensache, sondern eine grundlegende Lebenskompetenz. Wer früh versteht, wie der eigene Körper funktioniert und welche Rolle Ernährung spielt, kann bewusster mit sich selbst umgehen, Krankheiten vorbeugen und ein gesünderes Verhältnis zu Essen entwickeln.

Schule sollte genau hier ansetzen. Denn nur wer weiß, was er oder sie isst, kann selbstbestimmte und gesunde Entscheidungen treffen – und das ein Leben lang.

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Die Einführung eines eigenen Unterrichtsfachs „Ernährungslehre“ in jedem Schultyp oder eine verpflichtende, umfassende Integration in bestehende Fächer wie Biologie, Sport oder Haushaltsökonomie
- Mehr praxisorientierten Unterricht, z.B. durch Kochen in der Schule und kritischer Auseinandersetzung mit Konsumgewohnheiten
- Aufklärung über Themen wie Essstörungen, Diätkultur, Körperbilder und den Einfluss von Social Media auf das Essverhalten
- Bereitstellung/Sicherstellung von gesundem, erschwinglichem Essen an Schulbuffets
- Berücksichtigung vegetarischer, veganer sowie allergie- und intoleranzbedingter Bedürfnisse
- Eine praxisorientierte Anpassung von Vorschriften, um z.B. den Betrieb von Mikrowellen oder Wasserkochern an Schulen zu erlauben.

Antrag 3: Politik und Recht im Alltag

Adrian Gradauer, Tourismusschule Bad Hofgastein

Die meisten von uns haben irgendwann mal hier oder da im Unterricht über Demokratie, Wahlen oder Grundrechte gehört, meistens am Rande. Und trotzdem merken viele von uns Jugendlichen im Alltag selbst: Wir wissen viel zu wenig darüber, wie Politik wirklich funktioniert – und noch viel weniger darüber, was Recht konkret für uns bedeutet.

Wie entsteht ein Gesetz? Welche Rechte habe ich in der Schule, in meinem Job oder online? Was heißt denn eigentlich Meinungsfreiheit? Wie erkenne ich Desinformation? Dass 2027 das Fach Demokratiebildung kommt, ist eine große Chance – aber nur, wenn es nicht nur Theorie bleibt, sondern wirklich praxisnah und verbindlich umgesetzt wird.

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Stärkere und verpflichtende Einbindung von „Politik, Recht und Aktivismus im Alltag“ in das kommende Fach Demokratiebildung, mit besonderem Fokus auf praxisnahe Inhalte und lebensnahe Beispiele. (z.B. Grundrechte, Institutionen, Wahlrecht, digitale Rechte, Konsumentenschutz/Arbeitsrecht-Basics, Medienkompetenz).
- Mindestens einen Demokratietag pro Schuljahr (Planspiele, Debatten, Argumentationstraining, Workshops).
- Verbindliche Exkursionen im Rahmen von Demokratiebildung: mindestens einmal Landtag (plus wenn möglich Bundesrat/Nationalrat) und eine rechtliche Praxis-Exkursion (z.B. Gericht).
- Lehrpersonen im öffentlichen Dienst stehen in einem Dienstverhältnis zum Staat (Bund oder Land). Sie sind daher zur Treue gegenüber der Verfassung verpflichtet. Grundlage ist das Bundesverfassungsgesetz (B-VG). Das bedeutet insbesondere: Achtung der demokratischen Ordnung Achtung der Grundrechte Bekenntnis zum Rechtsstaat • Ablehnung verfassungsfeindlicher Ideologien
- Die Durchführung von schulinternen Schüler*innenparlament an jeder Schule
- Die Durchführung politischer Planspiele im Fach Geschichte und politische Bildung beziehungsweise Demokratiebildung, in denen Schüler*innen realitätsnah Gesetzgebungsprozesse simulieren – inklusive Ausschussarbeit, Mehrheitsfindung und Kompromissverhandlungen.
- Regelmäßige Einbindung von externen Expert*innen (z.B. Jurist*innen oder Politiker*innen) im Rahmen des Fachs Demokratiebildung.
- Bereitstellung von kreativen Unterrichtsmaterialien für Lehrer*innen durch die Salzburger Bildungsdirektion
- Bis zur Einführung des eigenen kommenden Unterrichtsfach „Demokratiebildung“ soll der im Bsp. genannten Themen in dem Fach in Geschichte und politische Bildung eingebaut werden
- Praxisnahe Vermittlung von Medienkompetenz, insbesondere im Umgang mit Desinformation in sozialen Medien.

Antrag 4: Schule darf kein Ort sein, an dem wir zerbrechen

Felix Wimmer, Akademisches Gymnasium

Jede:r von uns kennt jemanden, der kämpft. Mit Druck. Mit Angst. Mit schlaflosen Nächten. Mit dem Gefühl, nicht genug zu sein. Und viel zu viele kennen selbst das Gefühl, morgens aufzuwachen und sich zu fragen, wie sie diesen Tag überstehen sollen. Und wir reden darüber. Immer wieder. Bei fast jedem Schüler:innenparlament seit Jahren steht mentale Gesundheit auf der Tagesordnung. Es werden Reden gehalten, Betroffenheit gezeigt, Dringlichkeit betont. Doch zwischen Worten und Realität klafft eine Lücke. Noch immer warten Jugendliche monatelang auf Therapieplätze. Noch immer wissen viele nicht, an wen sie sich wenden können. Noch immer leiden Mitschüler:innen. Still und zu oft allein. Schule verlangt Leistung, Disziplin und Belastbarkeit. Leistung ist wichtig. Sie eröffnet Chancen, schafft Perspektiven und ermöglicht Selbstbestimmung. Aber wir müssen endlich die ehrliche Frage stellen: Leistung, aber zu welchem Preis? Wenn Erfolg mit Angststörungen, Schlaflosigkeit und Erdrückungsgefühlen bezahlt wird, läuft etwas grundlegend falsch. Die Zahlen sind alarmierend: Studien der Meduni Wien zeigen, dass mehr als die Hälfte der Jugendlichen depressive Symptome aufweist, und ein erschreckend hoher Anteil berichtet von suizidalen Gedanken. Suizid ist bei 15 – 29 Jährigen die zweithäufigste Todesursache. Hinter diesen Zahlen stehen keine Versuchsobjekte, sondern Menschen. Mitschüler:innen. Freund:innen. Geschwister. Wir verlieren junge Menschen nicht, weil Hilfe unmöglich wäre, sondern weil sie nicht rechtzeitig erreichbar ist. Hinter jedem „Mir geht’s eh gut“ steckt oft ein Kampf, den niemand sieht. Schule darf kein Ort sein, an dem wir zerbrechen. Mental Health ist kein Randthema. Sie entscheidet darüber, ob junge Menschen lernen können, ob sie Chancen nutzen können und ob sie eine Zukunft sehen. Wenn Schule ein Ort des Lernens sein soll, muss sie auch ein Ort der Sicherheit, des Zuhörens und der Unterstützung sein. Es reicht nicht, erst zu reagieren, wenn etwas passiert. Wir müssen präventiv handeln, sichtbar helfen und zeigen, dass niemand alleine ist. Die Verantwortung dafür darf nicht länger hin- und hergeschoben werden. Die Landesregierung und die Bundesregierung müssen endlich handeln und die psychische Gesundheit junger Menschen zur Priorität machen.

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- eine landesweite Mental-Health-Informationskampagne der LSV Salzburg, die Schüler:innen über Unterstützungsangebote, Notfallkontakte und Hilfsstellen aufklärt, ein konkretes Konzept soll bis zum 3. Salzburger Schüler:innenparlament 2025/26 erarbeitet werden
- die verpflichtende Vorstellung des Schulsupportpersonals zu Schulbeginn in allen Klassen, damit jede:r weiß, wo Hilfe erreichbar ist
- den Ausbau und die aktive Bewerbung anonymer Beratungsangebote (z. B. Rat auf Draht)
- die Einführung regelmäßiger Mental-Health-Workshops mit externen Fachpersonen an Schulen, insbesondere zu Stressbewältigung, Prüfungsangst und Depression
- die Durchführung einer jährlichen landesweiten Umfrage zur psychischen Belastung von Schüler:innen durch die Landesregierung
- die Erstellung eines Leitfadens für Schulen durch die LSV Salzburg mit Best-Practice-Maßnahmen zur Förderung psychischer Gesundheit sowie klaren Weiterverweis-Strukturen zu professioneller Hilfe, ein konkretes Konzept soll bis zum 3. Salzburger Schüler:innenparlament erarbeitet werden
- Sensibilisierungs- und Fortbildungsangebote für Lehrkräfte zum frühzeitigen Erkennen psychischer Belastungen und zur richtigen Weitervermittlung an professionelle Unterstützung
- die Enttabuisierung psychischer Erkrankungen durch schulische Projekttag und Aufklärungskampagnen der Landesregierung
- den Ausbau schulpsychologischer Angebote sowie den Einsatz zusätzlicher Schulpsycholog:innen, damit Unterstützung für Schüler:innen tatsächlich erreichbar wird
- jährlicher psychologischer Check an Schulen im Rahmen der Schulärztlichen Untersuchung
- Die Einführung und Förderung von qualitätsgesicherten Peer-Support-Programmen an Schulen
- Ausbau digitaler Soforthilfe-Angebote
- die verpflichtende Ausarbeitung und transparente Kommunikation eines standardisierten Kriseninterventionsplans an jeder Schule, der konkrete Abläufe bei akuten psychischen Krisen (z. B. Suizidgefahr, Panikattacken, schwere depressive Episoden) festlegt und regelmäßig evaluiert wird.
- Implementierung von mentaler Gesundheit in das Fach Biologie
- Selbsthilfegruppen an Schulen und mehr Aufklärung über psychische Probleme
- Mehr Information für uns Schüler*innen was in einer Ausnahmesituation zu tun ist
- Umbenennung des Unterrichtsprinzips „Physische Gesundheit“ in „Physische und psychische Gesundheit“
- Mindestens ein Mental-Health-Tag pro Schuljahr

- Thematisierung niederschwelliger Anlaufstellen im Unterricht
- Vertrauliche Behandlung von Anmeldedaten bei schulpsychologischer Betreuung

Antrag 5: Kostenlose Menstruationsartikel an allen Schulen durch aktive Kooperationen der LSV

Luca Ebner, Sport und Musik RG / SSM

Menstruation ist kein Luxus. Und es ist auch kein Randthema. Es ist Teil des Alltags von tausenden Schülerinnen in Salzburg. Trotzdem kommt es immer noch vor, dass Jugendliche im Unterricht sitzen und plötzlich merken, dass sie dringend ein Hygieneprodukt brauchen, ohne eines dabeizuhaben. Was folgt, sind Stress, Scham, Unterrichtsausfall oder das vorzeitige Nachhausegehen. Nicht, weil sie nicht lernen wollen. Sondern weil ein natürliches, biologisches Ereignis eintritt, dass sie vorher vielleicht nicht kommen sahen oder auch weil die finanziellen Mittel nicht zu Verfügung stehen. Gerade in einer Schule, die auf Chancen- und Bildungsgerechtigkeit bauen sollte, darf so etwas kein Problem mehr sein. Bildung darf nicht an einem fehlenden Tampon scheitern. Niemand soll sich in einer ohnehin sensiblen Situation bloßgestellt fühlen oder Mitschülerinnen um Hilfe bitten müssen. In anderen Regionen Österreichs und Europas zeigen Pilotprojekte längst, dass kostenlose Menstruationsartikel an Schulen problemlos umsetzbar sind, oft durch Kooperationen mit Unternehmen, Drogerieketten oder zivilgesellschaftlichen Organisationen. In Schottland ist dies sogar gesetzlich vorgeschrieben**. Genau hier liegt auch die Verantwortung der Landeschülerinnenvertretung: nicht nur zu fordern, sondern aktiv zu gestalten, zu vernetzen und Lösungen zu ermöglichen. Die LSV soll deshalb eine koordinierende Rolle übernehmen und aktiv Kooperationen suchen, um eine flächendeckende Bereitstellung an allen Schulen in Salzburg zu ermöglichen. Denn Würde, Gesundheit und gleichberechtigte Teilhabe am Unterricht dürfen keine Frage des Geldes sein. Die Schule muss ein Ort sein, an dem sich alle sicher und respektiert fühlen. Ein Ort, an dem natürliche Prozesse nicht tabuisiert werden. Ein Ort, der praktische Lösungen schafft, statt Probleme zu ignorieren.

*<https://www.vienna.at/gratis-binden-und-tampons-an-252-weiteren-schulen/> (Abgerufen am 15.02.25)

**<https://www.legislation.gov.uk/asp/2021/1> (Abgerufen am 15.02.2026) Deshalb fordert das 2. Salzburger Schülerinnenparlament:

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Die LSV wird beauftragt, aktiv Kooperationen mit Unternehmen, Drogerieketten, NGOs sowie öffentlichen Stellen zu suchen, um kostenlose Menstruationsartikel an Schulen bereitzustellen.
- Die LSV erarbeitet ein umsetzbares Kooperations- und Finanzierungskonzept (z. B. Sponsoringmodelle, Pilotprojekte oder Rahmenvereinbarungen und berichtet darüber im 3. Salzburger Schüler innenparlament.
- Schulsprecher*innen und Direktionen werden aktiv über das bereits bestehende Angebot informiert und bei der Implementierung an ihren Standorten unterstützt.
- Aufklärung über und Enttabuisierung des Themas weiblicher Zyklus im naturwissenschaftlichen Unterricht
- Möglichkeit der Abholung eines Wärmekissens/Wärmepflaster gegen Schmerzen bei der Schulärztin/dem Schularzt oder im Sekretariat an allen Schulen Salzburgs
- Thematisierung von Endometriose im Aufklärungsunterricht und Biologieunterricht
- Menstruationsartikel sollten in den Toiletten selbst zur Verfügung stehen
- Die Entscheidung über die konkrete Umsetzung erfolgt im Rahmen der schulautonomen Mitbestimmung am jeweiligen Standort
- Freistellung bei starken Menstruationsschmerzen

Weil niemand zwischen Würde und Unterricht wählen sollte.

Antrag 6: Ist Norwegen in der EU?

Ist Norwegen in der EU? Was sind Fake News?

Genau das sind alles berechnigte Fragen, die man als Schüler:in stellen darf, oder auch generell, wenn man nicht gerade im EU-Parlament sitzt.

Denn in der Schule wird uns das nicht gelehrt, sondern wohl eher totgeschwiegen.

Was macht politische Bildung im Unterricht? Und warum sehen sich laut der PISA-Studie nur 44 Prozent der 15-Jährigen in Österreich in der Lage, die Qualität von Informationen zu überprüfen?

Politische Bildung im Unterricht vermittelt Wissen über politische Systeme, demokratische Werte, Rechte und Pflichten der Bürger:innen sowie aktuelle gesellschaftliche Themen. Ziel ist es, kritisches Denken, Urteilsfähigkeit und politische Teilhabe zu fördern, sodass Schüler:innen informierte und engagierte Bürger:innen werden. Politische Bildung sollte nicht erst die Stunde vor der Nationalratswahl mal zufällig erwähnt werden.

Die politische Bildung ist ohne Zweifel etwas, das seit Jahrzehnten gefordert, aber bis jetzt noch nicht umgesetzt wurde. Doch genau jetzt ist der Moment, bei dem wir nicht aufhören können. Die Schule soll uns aufs Leben vorbereiten, doch warum macht sie das nicht? Warum müssen wir selbst lernen, wie die Minister:innen überhaupt in ihr Amt kommen und was überhaupt eine Koalition ist?

Meiner Meinung nach soll politische Bildung ein Grundrecht sein. Denn wir Schüler:innen verdienen es, aufgeklärt zu werden, wie unsere Demokratie funktioniert, wie das System aufgebaut ist und wie sehr uns die Politik in unserem Alltag beeinflusst. Und ich hoffe, ihr seid derselben Meinung.

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Politische Bildung und Medienkunde als verpflichtendes Unterrichtsfach ab der Sekundarstufe II
- Ein Mal im Jahr verpflichtende Besuche bei demokratieprägenden Instituten
- Aufklärung über die überschulische Vertretung im Unterricht
- Direktwahl der Isv durch alle Schüler*innen Salzburgs ab der 9. Schulstufe
- Forderung einer österreichweiten Pflicht für politische Bildung, eine gesetzlich verankerte Pflicht für lehrer*innen, auf Fragen zu antworten und auf Bitten eines Schülers*in ein nicht verstandenes Thema zu erklären
- Regelmäßige Evaluation des politischen Wissensstandes
- Niederschwellige Informationsangebote zur Erstwähler*innen-Vorbereitung

Antrag 7: Anonyme Korrektur von Tests und Schularbeiten

Len Mooslechner, BORG St. Johann

Voreingenommene und unfaire Beurteilung ist etwas, das wir alle regelmäßig an unseren Schulen erleben. Häufig werden Schüler:innen mit derselben Leistung unterschiedlich bewertet, da die zuständigen Lehrer:innen mit einer gewissen Erwartungshaltung an die Kontrolle herangehen. Dies führt zu einer ungerechten Bewertung, bei der Sympathie oft mehr Gewicht hat als die tatsächlich erbrachte Leistung.

Da jede Schülerin und jeder Schüler das Recht auf eine objektive und faire Bewertung hat, sollte es möglich sein, Tests und Schularbeiten anonym beurteilen zu lassen. Auf diese Weise wird verhindert, dass Vorurteile oder vorgefasste Erwartungen die Bewertung beeinflussen.

Anstatt die Namen der Schüler:innen auf den Arbeiten zu vermerken, könnte ein System mit einer Nummernliste eingeführt werden. Jede Schularbeit oder jeder Test erhält eine individuelle Nummer, die die Identität der Schülerin oder des Schülers verschlüsselt. Die Zuordnung von Nummer zu Name wird erst nach Abschluss der Korrektur vorgenommen, sodass die Bewertung vollständig anonym und objektiv erfolgen kann.

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Einführung der anonymen Korrektur – Alle Schularbeiten und Tests sollen nummeriert statt mit Namen eingereicht werden, sodass Lehrpersonen die Arbeiten ohne Kenntnis der Schüler*innen identifizieren und bewerten.
- Die Anonymisierung von Aufnahmetests
- Es soll sichergestellt werden, dass trotz anonymer Korrektur weiterhin differenziertes und individuelles Feedback für Schüler*innen ermöglicht wird